



CDU-FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND



Die SPD-Fraktion in der
Landschaftsversammlung
Rheinland

Antrag-Nr. 14/61

öffentlich

Datum: 02.03.2015
Antragsteller: SPD, CDU

Sozialausschuss	24.03.2015	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	17.04.2015	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	22.04.2015	empfehlender Beschluss
Landschaftsversammlung	28.04.2015	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**Haushalt 2015/16;
Rentenrechtliche Beratung für Menschen mit Behinderung**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer Modellregion gemeinsam mit den Akteuren vor Ort (Rentenversicherung, Integrationsfachdienst, Agentur für Arbeit etc.) über einen Zeitraum von 3 Jahren eine rentenrechtliche Beratung für Menschen mit Behinderung mit flexiblen Beratungszeiten an einem Standort zu schaffen.
Das Projekt soll (wissenschaftlich) begleitet werden, um die erzielten Effekte zu erkennen und die daraus entstehenden Erkenntnisse auch während der Laufzeit umzusetzen und schließlich einen Abschlussbericht zu erstellen.

Begründung:

Menschen mit Behinderung, die in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung beschäftigt sind, haben oft die Befürchtung, im Falle eines Wechsels aus der Werkstatt oder bei einem gescheiterten Beschäftigungsversuch ihren Anspruch auf volle Erwerbsminderungsrente zu verlieren.

Um positive Anreize zu schaffen, eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu beginnen, wird das Angebot einer rentenrechtlichen Beratung geschaffen für Menschen mit Behinderung, die am Übergang aus Schule in den Ausbildungsmarkt bzw. auf den Arbeitsmarkt stehen sowie für Menschen, die aus der Werkstatt in ein Integrationsprojekt bzw. auf den ersten Arbeitsmarkt wechseln wollen.

Frank Boss

Thomas Böll